

Eine Wandlung.

Am letzten Samstag erschien eine Deputation von bayerischen Reichstags- und Landtagsmitgliedern, Professoren und Fabrikanten unter Führung des bekannten Hygienikers Professor Max v. Gruber vor dem König von Bayern, um ihm, wie es in dem amtlichen Communiqué hieß, ihre „Auffassung von der militärisch-politischen Lage“ und ihre „von patriotischer Sorge getragenen Wünsche“ darzulegen. Die Herren gehörten sowohl der liberalen als auch der Zentrumspartei an, waren aber durchweg sogenannte „Nationalisten“, wie man jetzt die alldeutsch angehauchten Leute in den verschiedenen Parteien nennt. Es war ein Versuch, auf die äußere Politik des Reiches, mit der die Alldeutschen bekanntlich nicht zufrieden sind, Einfluß zu nehmen. Der Versuch war von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Politischer Einfluß setzt organisierte politische Macht voraus, und durch eine Audienz beim König kann man politische Macht weder gewinnen noch auch nur ausüben.

Über das möchten die unzufriedenen Alldeutschen jetzt gern haben, und sie denken nach, auf welchem Wege man zu dem ersehnten Ziel gelangen könnte. Da ist nun nach langem Suchen einer ihrer denkenden Köpfe endlich auf das Richtige gekommen, obwohl es eigentlich das Nächstliegende gewesen wäre. Der bekannte alldeutsche Wortführer, der Berliner Geschichtspräsident Dr. Dietrich Schäfer, gelangt in einer langen Abhandlung, von der wir unseren Lesern an anderer Stelle einen Auszug vorlegen, zu dem Schluß, daß die von ihm und seinen Gefinnungsgenossen angestrebte Kontrolle der äußeren Politik nur auf einem Wege zu ge-

winnen ist: nämlich durch die Einführung des parlamentarischen Regimes, das die Regierung durch die jeweilige Parlamentsmajorität bedeutet. Zu ähnlichen Schlüssen sind auch, wenn gleich nicht in so präziser Form, Männer aus anderen Parteien in Deutschland während des Krieges gekommen, so der Zentrumsführer Prof. Spahn und der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann. Das parlamentarische Regime herrscht bekanntlich schon seit langer Zeit in England, Frankreich, Italien, wie Prof. Schäfer ausführt. Seit kurzer Zeit selbst in Rußland, fügt Prof. Schäfer hinzu. Er hätte auch zahlreiche andere Staaten nennen können, die meisten sogar. Nur in Deutschland herrscht das parlamentarische System nicht. Aber nicht nur das. In Deutschland galt bisher die parlamentarische Regierung bei allen Parteien, ohne Ausnahme, als eine verwerfliche Einrichtung fremder Staaten, der das deutsche System der Beamtenregierungen, das autoritäre System, weitaus überlegen sei.

Noch im Beginn des Krieges legte eben Prof. v. Gruber, der jetzt eine Zweifler-Deputation zum König von Bayern führte, gelegentlich einer von uns veranstalteten Rundfrage über die Gründe der Unbeliebtheit Deutschlands im Ausland in der „Zeit“ in überaus temperamentvollen Worten dar, daß das politische System der unparlamentarischen Regierung Deutschlands: einen der Vorzüge Deutschlands wie einen der Gegenstände des Neides des Auslandes bilde, das System der von Volksstimmungen und Strömungen unbeeinflussten Beamtenregierung. Und jetzt trachtet er selbst, allerdings mit einem ganz ungeeigneten Mittel, Volksstimmungen Einfluß auf die Regierung zu verschaffen, und einer seiner Gefinnungsgenossen, Prof. Schäfer, verfällt schließlich auf die Idee, man solle das parlamentarische Regierungssystem, wie es in anderen Staaten bestehe, auf Deutschland übertragen.

Das ist eine arge Keberei. Gerade die politisch mehr oder weniger konservativ gerichteten Parteien in Deutschland, unter denen die Frondeure am stärksten vertreten sind, haben, im Gegensatz zum demokratischen Ausland, das Prinzip des konservativen Staatsrechtslehrers Stahl: „Nicht Majorität, sondern

Autorität“, bisher am allerenergischsten vertreten. Und jetzt plötzlich dieser Bruch, dieser Zweifel an der Autorität und die Flucht zur Majorität. Es hat den Prof. Schäfer in der heutigen Lage, da wir uns gerade mit den paradigmatischen Ländern des parlamentarischen Systems, England, Frankreich, im Kriege befinden, gewiß schwere innere Ueberwindung gekostet, sich öffentlich zu ihrem politischen System zu bekennen. Um so bemerkenswerter ist dieses Bekenntnis, das die erste positive Frucht eines bisher endlos fortgeführten unfruchtbaren Gezänkes über die Politik des Reichskanzlers ist, und man wird mit Spannung weiter beobachten müssen, ob sich hier eine dauernde Wandlung der politischen Ideen des gebildeten Deutschland ankündigt, bei der der Krieg den Erzieher gebildet hätte.